



Die Blaue Fahne

Alternative Ratspolitik für Bielefeld

Ausgabe 3/ 2021

DER OSTWESTFALENDAMM IST BIELEFELDS UNNÖTIGSTER FLICKENTEPPICH

Die Verkehrslage auf dem Ostwestfalendamm ist nach wie vor unübersichtlich.

Nachdem lange Zeit drei verschiedene Geschwindigkeitsbegrenzungen galten, wurde Tempo 50 im Bereich Haller Weg / Ausfahrt Quelle aufgehoben. Die Tempolimits von 60 und 80 Stundenkilometern wechseln sich nach wie vor mehrmals ab.

Maximilian Kneller, verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Ratsgruppe erkennt das Problem: "Der

Ostwestfalendamm ist ein Flickenteppich aus Landes- und Kreisregeln. Gefühlt alle 3 Meter findet ein Wechsel zwischen 60 und 80 km/h



Symbolbild

statt. Dazwischen herrschte bis vor Kurzem monatelang ohne Grund Tempo 50.

Es handelt sich beim Ostwestfalendamm um eine baulich getrennte Straße, die seit Anfang der 1980er Jahre besteht. Durchgehend Tempo 100 und ab Höhe der Cinemaxx-Abfahrt Tempo 80 wäre eine angemessene Regelung. Sonst hätte man sich auch den Flüsterbeton schenken können. Der entfaltet nämlich erst bei solchen Geschwindigkeiten eine Wirkung."

ZAHL DES MONATS

13

Prozent. Nur so viele Bielefelder halten den Umbau des Jahnplatzes für "sehr sinnvoll". Das ergab eine Umfrage der Unternehmensberatung *Mente Factum*, welche die Zahlen im Auftrag der NW erhob.

Die Sperrung der Innenstadtzufahrt über den Waldhof halten sogar nur 12 Prozent aller Bielefelder für "Sehr sinnvoll". 39 Prozent gaben sogar an die Sperrung als "völlig sinnlos" zu empfinden.

Andere Bielefelder Maßnahmen zur "Verkehrswende" kommen in der Umfrage ähnlich schlecht weg.

GEWALT IN BIELEFELD ESKALIERT

Beinahe täglich berichten lokale Tageszeitungen über die prekäre Sicherheitslage in Bielefeld. Exemplarisch sind Gewaltverbrechen, wie vor einigen Wochen der Angriff einer 15-köpfigen „Gruppe“ auf einen Mann am Jahnplatz.

Jüngere Vorfälle zeigen, dass sich die Gewalt längst nicht mehr nur auf Brennpunkte beschränkt. Im Oktober wurde eine 22-jährige Frau im Bereich Mauerstraße – Nordpfortenstraße verprügelt. Die Bielefelderin trug eine Gehirnerschütterung, eine Verletzung am Trommelfell sowie am Kiefer davon und war vorerst arbeitsunfähig.

Oft werden bei Vorfällen wie diesen äußerliche Merkmale, die auf die Herkunft der Täter hinweisen könnten verschwiegen.



Zum einen wird so verhindert, dass die Täter schnell gefunden werden und zum anderen entsteht ein trügerisches Sicherheitsgefühl, wenn es um unkontrollierte Einwanderung geht.

Wir fordern: Täterherkunft benennen, Prävention durch Polizeipräsenz und straffällig gewordene Migranten konsequent abschieben.

RATSHERRN KANDIDIEREN

Die AfD in Bielefeld hat ihre Direktkandidaten für die Landtagswahl 2022 gewählt. Die Mitglieder entschieden sich für zwei AfD-Ratsherren, die bereits in vergangenen Wahlkämpfen für die Partei in den Ring gestiegen sind.

Ratsgruppenvorsitzender Dr. Florian Sander, der bereits als AfD-Spitzenkandidat zur Kommunalwahl 2020 antrat, wird um die Stimmen in Mitte, Schildesche und Gadderbaum kämpfen.

Maximilian Kneller, der schon zur letzten Bundestagswahl für konservative Bielefelder ins Rennen ging, wird in Heepen, Stieghorst, Brackwede, Senne und Sennestadt wählbar sein.

PARKEN NUR NOCH FÜR REICHE?

Im Stadtentwicklungsausschuss des Rates wird derzeit ein Gutachten besprochen, das tiefe Einschnitte vorsieht.

So empfiehlt das Gutachten öffentliche Standplätze vollständig zu streichen und die Parkgebühren von 1,30 Euro auf 4,- Euro pro Stunde zu erhöhen.

„Autofeindliche Innenstädte gefährden Arbeitsplätze.“

Der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Ratsgruppe Maximilian Kneller konstatiert: „Wenn es nach rot-rot-grün ginge, können bald nur noch reiche Menschen in Mitte parken. Autofeindliche Innenstädte



gefährden den Einzelhandel und kosten in letzter Konsequenz Arbeitsplätze.

Soweit denken SPD, Grüne, Linke und „Die Partei“ leider nicht. Stattdessen betreiben sie die Verkehrswende wie ein politisches Planspiel, ohne Blick auf die tatsächlichen Auswirkungen für Steuerzahler, Geringverdiener, Ladenbetreiber und Arbeitnehmer.

PARTEIEN LEHNEN AfD-ANTRAG ZU AUSGEWOGENER EXTREMISMUSBEKÄMPFUNG GESCHLOSSEN AB

Ausgeglichene Extremismus-Bekämpfung hat für die Altparteien im Bielefelder Rat offenbar keine Relevanz. Diese beantragte nämlich die AfD-Ratsgruppe in der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Anlass der Initiative war ein FDP-Antrag zu politischer Neutralität der Stadtverwaltung. Die Forderungen der Liberalen gingen zwar in die richtige Richtung, waren Dr. Florian Sander, unserem Mann im Hauptausschuss aber zu lasch.

„Eingriffe in den politischen Wettbewerb seitens der Verwaltung sind zu unterlassen.“

Deshalb formulierte die AfD einen Änderungsantrag und verlangte den

Antrag der FDP zu erweitern. Unter anderem sollte beschlossen werden, sich der Bekämpfung aller Formen von Extremismus in ausgewogener Weise zu widmen und Eingriffe in den politischen Wettbewerb seitens der Verwaltung zu unterlassen. Die Parteien im Hauptausschuss lehnten jedoch geschlossen ab.

„Politische Neutralität ist wichtig“

Sander zum Vorstoß der AfD-Ratsgruppe: „Politische Neutralität ist wichtig, darf sich aber nicht nur auf Beflagung und Druckerzeugnisse beschränken. Politisch einseitige Betätigungen, die sich gegen einzelne Fraktionen und Parteien egal welcher Prägung richten, sind eine Beeinflussung des

politischen Wettbewerbs und daher seitens der Verwaltung und aller zugehörigen Untergliederungen grundsätzlich zu unterlassen.“

IMPRESSUM

AfD-Ratsgruppe Bielefeld
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

Kontakt:
presse.ratsgruppe@afd-
bielefeld.de

Titelgrafik:
Rathaus Bielefeld, Zefram GFDL,
creativecommons.org/licenses/by/
2.0/de

SANDERS STELLUNGNAHME

Wir konnten kürzlich in einer großen SPD-eigenen Tageszeitung folgende Aussagen von Leuten lesen, die es wissen müssen: „Wir sind froh, dass unsere Stationen derzeit nicht so voll sind“, so der Bereichsleiter Pflege der Intensivstationen im Klinikum Mitte. Der Klinikalltag sei inzwischen deutlich routinierter. Im Franziskus-Hospital habe es auch VOR der Impfkampagne keine nennenswerten Engpässe gegeben, so der Geschäftsführer der Katholischen Hospitalvereinigung. Seiner Meinung nach haben manche Krankenhäuser zu oft und zu früh die Kapitulation ausgerufen und zu stark mit Überlastungsszenarien operiert. Es habe in deutschen Krankenhäusern, und diese Aussage lassen Sie sich bitte jetzt alle auf die Zunge zergehen, insgesamt weniger Patienten gegeben als noch vor zwei Jahren.

Keine Verschwörungstheorie, keine Fake News, nichts, was demnächst von selbsternannten „Faktencheckern“ zerpfückt werden kann, sondern fundierte Meinung von jemandem, der näher an der Sache dran ist als wir alle. Es sollte uns und vorallem die Altparteiler sehr, sehr nachdenklich machen hinsichtlich der Frage, wie berechtigt der Alarmismus ist, den wir tagtäglich dann wieder an anderen Stellen sehen oder hören.

Doch noch einen anderen Effekt sollte es mit sich bringen. Nämlich die Einsicht, dass ein „Anziehen der Zügel“, wie es der Oberbürgermeister laut einem Zeitungsbericht jetzt plant, nämlich in Richtung 2G für den Freizeitbereich, nicht nur nichts bringt, sondern sowohl illegitim als

auch schädlich ist. Wann lernt das Establishment endlich, dass es über organisierte Diskriminierungen dieser Art keine „Anreize“ setzt, sondern die gesellschaftliche Spaltung zwischen Geimpften und Ungeimpften immer nur noch weiter vorantreibt?

Tagtäglich wird momentan durch mediale Lästereien über die „Unbelehrbaren“, über das öffentliche soziale Hinrichten von „Impfverweigerern“ in Person prominenter Sportler und über semantische Zweideutigkeiten wie „Pandemie der Ungeimpften“ gehetzt, was das Zeug hält – ohne dass jemand sich mal veranlasst sähe, DIESER Form der Hassrede Einhalt zu gebieten. Hier wird sowas von mit zweierlei Maß gemessen, dass die Betroffenen sich schämen sollten! Und hinterher wundern die Verantwortlichen sich dann, wenn das Menschen wütend macht und sie ihnen mehr zuhören.

Ich will aber nochmal einen anderen Aspekt einbringen: Mit 2G werden gerade auch jene diskriminiert, die sich in gesundheitsamtlichen Grauzonen befinden. Mir ist persönlich ein Fall bekannt von einer Frau, die ihre erste Spritze Biontech bekam, dann unter wochenlangen, extrem schmerzhaften Nebenwirkungen litt und sich folglich auf keinen Fall die Zweitimpfung geben lassen wollte. Da sie jedoch an einer Autoimmunerkrankung leidet und daher nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, dass die unmittelbar nach der Injektion auftretenden Symptome mit hundertprozentiger Sicherheit aus der Impfung herührten, wollte ihr bis heute kein Arzt



Ratsgruppen-Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

das Schreiben ausstellen, dass sie nicht geimpft werden DARF. Man könne hier nur nicht guten Gewissens zu einer Zweitimpfung RATEN, hieß es ihr gegenüber immer wieder. Die Folge: Eine rechtliche Grauzone. Die Impfung ein beträchtliches Risiko, aber nicht genug, um den deutschen Amtsschimmel ein befreiendes Dokument ausstellen zu lassen. Einen Fall, den es in ähnlicher Weise hundertfach geben dürfte.

Für diese Frau und all die anderen, die dies so oder so ähnlich betrifft, ist 2G nichts anderes als waschechte Diskriminierung! Und wir alle wissen, dass die Betroffenen, gerade jene in gesundheitlich schwierigen Lagen, oft nicht die Energie und Kapazitäten haben, so etwas langwierig vor Gerichten auszufechten, wie wir als Partei das vielleicht noch können. Wenn die Altparteien Einigkeit und Zusammenhalt in der Bielefelder Stadtgesellschaft wollen, dann müssen diese jedem seine individuelle Entscheidung für oder gegen Impfung zu. Das wäre fair, das wäre demokratisch und das wäre vorausschauend.

KOSTENLOSES ONLINE-ABO DER BLAUEN FAHNE

Möchten Sie die Blaue Fahne **kostenlos** und digital abonnieren?
Senden Sie eine E-Mail, mit dem Betreff "Blaue Fahne" an:
presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de